

Hierzulande träumen die meisten Menschen nicht von Jachten, einer Luxusvilla am Tegernsee und einem Privatjet. Sie benötigen vielmehr soziale Sicherheit, damit sie in einem bescheidenen Wohlstand gut leben können. Was empfinden sie wohl, wenn ihnen der mächtigste deutsche Politiker verkündet: „Wir können uns diesen Sozialstaat nicht mehr leisten!“ Und: „Wir leben seit Jahren über unsere Verhältnisse!“ Sorgen, Angst? Oder vielleicht auch Wut? Denn wen meint denn der Bundeskanzler mit dem heuchlerischen „Wir“? Denkt er dabei an die allein erziehende Krankenschwester, den Uni-Assistenten oder den Bio-Landwirt – und zählt er sich als Ex-Aufsichtsratsvorsitzenden eines zwölf Billionen Dollar schweren Finanzkonzerns dazu? Seine bedrohliche Ankündigung löst jedenfalls bei der Mehrheit Angst aus, denn die Misere ist ohnehin schon täglich erfahrbar. In den vergangenen Wochen konnte man etwa in der Tageszeitung `Badische Neueste Nachrichten´ solche Überschriften lesen: „Liste des Grauens: So will Karlsruhe sparen“, „Schwindelerregende Defizite. Drei Viertel der Krankenhäuser schreiben rote Zahlen“, „Personalmangel: Mehr Beschwerden über Mängel in Kitas“, „Traditionsreiches Werk mit 1000 Beschäftigten soll stillgelegt werden“, „Alarmierende Bildungsstudie“, „Zu wenig Geld zum Heizen“, „Hohe Armutsgefahr“, „Pünktlichkeit der Bahn verschlechtert sich deutlich“, „Massive Einschnitte drohen. Kaum noch gesunde Gemeindefinanzen.“

Die Mieten und die Energiekosten steigen, auch die Inflation und die Arbeitslosigkeit. Derzeit sind 3,4 Millionen alte Menschen arm – ein Anstieg in 20 Jahren von 76%. Und während die für alle existenziell notwendige „Daseinsvorsorge“ - also Gesundheit, Wohnen, Bildung, Verkehr - verkommt und vom Kollaps bedroht ist, reden die politisch Verantwortlichen nicht von der sich öffnenden Kluft bei Vermögen oder von Steuervermeidung und -hinterziehung, die Milliarden Schäden verursachen. Sie hetzen stattdessen gegen die Ärmsten, die angeblich faul sind und abzocken wollen. Die seit Jahrzehnten auf hohem Niveau verharrende Armut von Kindern ist ein Raub von Lebenschancen, beeinträchtigt ihre Gesundheit und ihre Lebenszufriedenheit. Die Regierung und die Altparteien senden uns das Signal: Eure Bedürfnisse sind uns egal!

Aktuelle Umfragen (Körper Stiftung, Media Tenor) zeigen deshalb einen rasanten Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust, eine krasse soziale Spaltung und eine wachsende Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie. Aktueller Stand laut Umfragen: 75% der Befragten bewerten die wirtschaftliche Lage als weniger gut oder schlecht. Nur die Hälfte meint, dass es in Deutschland gerecht zugeht. Gerade mal 45 Prozent der Deutschen haben noch Vertrauen in die Demokratie – und nur 17 Prozent in die Bundesregierung. 38% der Menschen fühlen sich einsam – 53% der Armen. Natürlich kennen die Bundesregierung und die Parteien, die sie seit Jahrzehnten in verschiedener Konstellation stellen, auch diese Zahlen. Sie nehmen das Desaster, die Sorgen und die Angst billigend in Kauf, weil sie an den neoliberalen Grundlagen ihrer Politik nichts ändern wollen: Es herrscht Krieg Reich gegen Arm. Wie glaubwürdig wirkt da Bundespräsident Steinmeier mit seinen salbungsvollen Sprüchen wie: „Bürgerliche Politik baut Vertrauen auf, stiftet Zusammenhalt“? Was bewirkt Kanzler Merz mit seiner „Ruck-Rede“?

Während die verantwortlichen PolitikerInnen das Erstarken rechter Gruppen bzw. der AfD beklagen, vermeiden sie es konsequent, die Frage nach den Ursachen zu stellen. Sie hätten es schon vor vielen Jahren tun müssen; aber dann hätten sie wesentliche Grundlagen ihrer Politik ändern müssen. Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer hat über einen Zeitraum von zehn Jahren gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit untersucht und die

Ergebnisse 2012 veröffentlicht: „Deutsche Zustände“. Als Hauptursachen des Rechtspopulismus stellte er Demokratieentleerung, Vertrauensverlust und das Gefühl der Machtlosigkeit fest. Verantwortlich dafür sei eine „rohe Bürgerlichkeit, die sich bei der Beurteilung sozialer Gruppen an den Maßstäben der kapitalistischen Nützlichkeit, der Verwertbarkeit und Effizienz orientiert und ...einen Klassenkampf von oben inszeniert.“ Ein „Erfolg“ des seit Jahrzehnten praktizierten neoliberalen Umbaus der Gesellschaft.

Angst ist ein effektives Herrschaftsinstrument. Nun belastet sie ohnehin schon große Teile der Gesellschaft. Also bemüht sich die Machtelite, sie umzudeuten und umzulenken. Ein Beispiel: Zeitungsverlage in Baden-Württemberg hatten im Spätsommer in einer großen Umfrage die Sorgen der Bevölkerung erfragt. Als die größten zeigten sich Inflation, die unberechenbare Lage in der EU und in der Welt, die wirtschaftliche Lage in Deutschland und die Angst, das Land könnte in militärische Konflikte hineingezogen werden. Das Thema soziale Sicherheit taucht aber in weiteren Fragen gar nicht mehr auf, stattdessen nur noch Aufrüstung, Kriegsvorbereitung, Militarismus – und zwar in suggestiver Einseitigkeit: Ist man bereit, Deutschland mit der Waffe zu verteidigen? Will man die Wehrpflicht oder ein Dienstjahr für alle? Wie wahrscheinlich ist ein Krieg? Natürlich wird nicht gefragt, ob man die Stationierung von US-Raketen in Deutschland befürwortet, ob Kindern Kriegmentalität aufgezwungen werden darf oder ob Waffenlieferungen in die Ukraine und nach Israel die Sicherheit erhöhen.

Viele Menschen halten die täglichen Nachrichten von Krieg, Aufrüstung und Durchhalteparolen nicht aus. Aus allen Rohren tönt: Wir müssen kriegstüchtig werden! Innenminister Dobrindt etwa will, dass Kinder in der Schule auf Krisen und Krieg vorbereitet werden. Kanzler Merz: „Wir sind nicht im Krieg, aber auch nicht mehr im Frieden!“ Und: „Frieden gibts auf jedem Friedhof!“ Heeresinspekteur Freuding will „Kriegstauglichkeit und Siegfähigkeit“. Roderich Kiesewetter, Oberst a. D. und Mitglied des Bundestags: „Das Gesülze von Friedensverhandlungen muss aufhören“ und er will den Spannungsfall ausrufen! Ständig wird uns die Behauptung ohne jeden Beleg eingebläut: „Es (der russische Angriff) könnte 2026 soweit sein. Es könnte heute Abend soweit sein“ (Welt). Eine infame Stimmungsmache. Ist es verwunderlich, dass laut Shell-Studie (2024) 81% der Jugendlichen Angst vor einem Krieg in Europa haben?

Inzwischen sind Staat und Gesellschaft total in den Dienst des Militarismus gestellt; Kliniken, Schulen, Universitäten, Bahn – und natürlich die Wirtschaft. Die Hunderte Milliarden für Hochrüstung fehlen in Kitas, Pflege und Infrastruktur. Statt Vernunft, Nachdenklichkeit und elementarer Menschlichkeit herrscht Verrohung: Merz lobt die „Drecksarbeit“, die Israel mit dem völkerrechtswidrigen tödlichen Angriff auf Iran für uns erledigt. Der Chef der Reservisten verlangt nach der Wehrpflicht, weil im Krieg täglich tausend Soldaten umkommen: Soldaten gelten als Verbrauchmaterial. Deutschland und die EU sabotieren Friedensbemühungen. Suggestiert wird, dass der Krieg alternativlos sei; wir sollen uns an den Wahnsinn gewöhnen. Nato-Generalsekretär Rutte straft sie Lügen: „Als NATO sind wir 25-mal größer als die russische Wirtschaft. Unser Militär ist dem russischen Militär unendlich überlegen. Was unsere Luftwaffe angeht, so können die Russen mit ihren MiG-31 oder wie auch immer sie heißen nicht einmal im Schatten mithalten.“

Die Manipulation wirkt nur durch erzwungene Amnesie. Unter Einbeziehung der Vorgeschichte könnte der Bevölkerung die Angst Russlands verständlich erscheinen, Angst vor der Nato-Osterweiterung auf dem Hintergrund einer ganzen Reihe westlicher Vertragsbrüche. Ein kurzer Rückblick: Erinnern wir uns an die klaren Zusagen von

Politikern des Westens, der damaligen Außenminister Genscher und Baker (USA) und von Nato-Generalsekretär Wörner, die Nato keineswegs nach Osten auszudehnen. Russland fühlte sich zunehmend bedroht, auch durch die über zwei Dutzend Großmanöver westlicher Truppen in den Jahren 2018 bis 2021 – meist in der Nähe der russischen Grenze; übrigens auch in der Ukraine und Georgien. Der US-Thinktank Rand Corporation legte 2019 der Regierung eine Handreichung mit dem programmatischen Titel „Overextending and Unbalancing Russia“ vor. Russlands Wirtschaft, Militär und Regierung sollten überstresst und destabilisiert werden. Die wichtigsten Empfehlungen: Ökonomische, geopolitische und ideologische Belastungen schaffen; US-Energielieferung auf Kosten Russlands ausdehnen; Waffen an die Ukraine liefern und syrische Rebellen unterstützen; Einfluss nehmen in Belarus, Moldau, Georgien, Armenien, Aserbaidshan; Proteste in Russland ermutigen. Ein Masterplan zur Zerstörung Russlands.

Das alles wissen natürlich Ministerien, Redaktionen und Parteizentralen auch, verordnen aber der Bevölkerung eine radikale Amnesie. Denn fasst man all diese Informationen zusammen, kommt jeder denkende Mensch zu dem Ergebnis: Dieser Krieg hätte vermieden werden können und müssen. Stattdessen werden bis heute, nach Hunderttausenden Toten, Friedensverhandlungen von Deutschland, der EU und der Nato hintertrieben. Denken sie dabei an die Menschen, ihre Angst, ihren Tod?

Die Methode des Overextending and Unbalancing wendet die Politik nicht nur gegen Russland an, sondern auch gegen die eigene Bevölkerung. Um sich in der Realität orientieren, eigenständige Entscheidungen treffen zu können, ist die menschliche Psyche auf zuverlässige Anker angewiesen. Widersprüchliche Signale rufen Irritation und seelische Destabilisierung hervor. Wenn der Staat und seine Repräsentanten den Kampf für Demokratie, Freiheit und Sicherheit auf ihre Fahnen schreiben, die Adressaten aber das Gegenteil erleben, entsteht eine Dissonanz. Die Regierungen des Westens haben UN-Charta, Völkerrecht und Menschenrechte längst geschreddert, handeln nach Staatsräson, regelbasierter Ordnung – mit dem Ziel, andere Staaten ihren hegemonialen Interessen zu unterwerfen. Der Westen herrscht mit Willkür, mit Regime Change, extralegalen Tötungen, tödlichen Wirtschaftssanktionen. erinnert sich noch jemand an die US-Außenministerin Albright, die gefragt wurde, ob die fünfhundert Tausend tote Kinder im Irak als Folge der US-Interventionen gerechtfertigt waren? „Ja, das war es wert“, sagte sie.

Grundrechte gelten nur noch selektiv. Ist das die viel beschworene Presse- und Informationsfreiheit, wenn über den Krieg in der Ukraine oder den Völkermord Israels an den Palästinensern einseitig und propagandistisch berichtet wird – und alternative Medien vom Verfassungsschutz beobachtet werden? Die Leitmedien bieten uns Narrative, also Erzählungen, die nicht die Realität differenziert abbilden, sondern suggestive Geschichten erzählen, die eine emotionale Wirkung entfalten sollen. Der frühere Nato-Sprecher Jamie Shea brachte das auf die schöne Formel: „If you don´t have a story, make a story.“ Wer wird in die Talkshows eingeladen, welche Themen finden nie den Weg in die Debatten? Wir erleben eine freiwillige Selbstgleichschaltung der Leitmedien. Das Gefühl herrscht vor, nur noch bestimmte Dinge sagen zu dürfen: 46% der Bevölkerung traut sich nicht, die eigene Meinung zu äußern! Angst funktioniert besser als offene Zensur. Wie aktuell klingt da Hannah Arendt: „Wo Tatsachen konsequent durch Lügen und Totalfiktionen ersetzt werden, stellt sich heraus, dass es einen Ersatz für die Wahrheit nicht gibt. Denn das Resultat ist keineswegs, dass die Lüge nun als wahr akzeptiert und die Wahrheit als Lüge diffamiert wird, sondern dass der menschliche Orientierungssinn im Bereich des Wirklichen,

der ohne die Unterscheidung von Wahrheit und Unwahrheit nicht funktionieren kann, vernichtet wird.“ (Wahrheit und Politik, 1967)

Wenn aber Propaganda und Manipulation nicht wirken, greift der Staat zu offener Repression. Das Cancellen ist zu einer alltäglichen Methode der Unterdrückung unliebsamer Meinungen geworden: Veranstaltungen werden verboten, kritische Äußerungen gelöscht, Kritik am Krieg Israels, den Völkermord an den Palästinensern als Antisemitismus gebrandmarkt. Die UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese durfte weder in München noch in Berlin an der Uni ihren Vortrag zu Gaza halten; sie war gezwungen, in kurzfristig bereit gestellten Räumen zu reden, vor schwer bewaffneter Polizei.

„Verfassungsschutzrelevante Delegitimation des Staates“: Kritiker staatlicher Maßnahmen mutieren in den Augen des Verfassungsschutzes zum Gefährder, zum Objekt geheimdienstlicher Observation und Verfolgung. Geheimdienste warnen ohne Beweise vor hybridem Krieg Russlands. BND-Präsident Jäger zählt Methoden auf, derer sich Moskau angeblich bedient: „Manipulation von Wahlen, Propaganda, Provokation, Desinformation, Einschüchterung, Spionage, Sabotage, Luftraumverletzungen, Auftragsmorde, Verfolgung von Oppositionellen im Ausland.“ Mehr ist ihm nicht eingefallen? Nachgewiesene Falschmeldungen, etwa ein Vorfall beim Flug der EU-Präsidentin von der Leyen mit angeblichem russischen Angriff oder Drohnenzwischenfälle, die in allen Medien die Schlagzeilen beherrschen, sich aber als Fake herausstellen, werden nicht korrigiert: Die Schlagzeilen haben ihren Sinn erfüllt. Zwar müssen die Präsidenten deutscher Geheimdienste zugeben, Verantwortliche für „hybride Angriffe“ nicht aufklären zu können; aber Vermutungen werden zu Fakten, die dann repressive Maßnahmen begründen.

Der Angst auslösende Krieg gegen die Psyche ist keine bössartige Erfindung der Kritiker. Die Nato hat bereits vor Jahren die neue Waffengattung „Cognitive Warfare“ installiert. Denn Krieg lässt sich nur führen, wenn Angst verbreitet und die Bevölkerung umfassender Manipulation unterworfen wird, um Denken und Fühlen auf Feindbilder zu lenken: eine Mobilmachung gegen die Seele. Ziel ist eine gelenkte Realitätswahrnehmung, eine Fake Reality. Abgesichert wird die Wirksamkeit der Manipulation durch den Überwachungsstaat. Das Spionagewerkzeug der Geheimdienste mit dem Potential zur illegalen Massenüberwachung namens Palantir ist bereits in vier Bundesländern eingeführt.

Die Menschen sollen nicht selber denken. Durch die Allgegenwart von Beeinflussung und Kontrolle entsteht sehr rasch der neue neoliberal geprägte, KI-gestützte Bürger, reduziert auf seine Arbeitskraft, seinen Konsum und seine Kriegsmentalität. Die oft unterbewusste Folge: Angst, Wut und Ohnmacht, wie wir es bisher aus dystopischen Romanen kennen.

Einen Ausweg gibt es nur, wenn man sich als Subjekt ernst nimmt und nicht resigniert. Wenn die Adressaten der Manipulation und der Repression sich nicht an die Unterdrückung gewöhnen. „Angst essen Seele auf“, sie deformiert den Menschen: Das, was ihn als Subjekt ausmacht, also Autonomie, selbständige Urteilsbildung, Kritik- und Handlungsfähigkeit, aber auch Einfühlungsvermögen, existiert nur in der Auflehnung gegen Propaganda und allgegenwärtige Beeinflussung. Demokratie ist wertvoll: Use it or lose it! Lassen wir uns nicht eine Klassengesellschaft und einen autoritären Sicherheitsstaat als Demokratie verkaufen und Kriegshetze nicht als Sicherheit. Der Staat des Kapitals (J. Agnoli) setzt nicht den Willen der Bevölkerung um, sondern die Interessen der Machtelite. Die Angst hört erst auf, wenn wir aktiv für Demokratie eintreten.